

# ARBEITER NEWS

Internationalen Allianz zur Unterstützung der ArbeiterInnen im Iran – Deutschland



aus dem Iran



## Wir unterstützen den Streik der deutschen Lokführer!

Die Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL) hat im vergangenen Monat zwei Mal gestreikt, um die deutsche Bahn als Arbeitgeber an den Verhandlungstisch zu bringen und einen neuen Tarifvertrag zu vereinbaren.

Der letzte Streik dauerte 48 Stunden an und ging als längster Streik in die Bahn-Geschichte ein. Ursprünglich war ein fünf tägiger Streik geplant. GDL Chef Weselsky hatte die Lokführer aufgerufen von Mittwoch den 5 November 2015 15:00 Uhr bis Montag den 10 November 2014 04:00 die Arbeit niederzulegen. Statt sich an den Verhandlungstisch zu setzen und eine gemeinsame Lösung zu finden, versuchte der Staatskonzern „Deutsche Bahn“ die Eisenbahnergewerkschaft EVG mit einzubeziehen um die GDL einzuschüchtern. Wie viele Gewerkschaften in Deutschland, ist die EVG eher bürokratisch orientiert, deren Vorsitzende mit den regierenden Parteien kooperieren und Parteimitglied sind.

Zudem führten die Medien eine intensive Rolle parteiübergreifende Berichtserstattung gegen den Chef der GDL Weselsky. Da die deutsche Bahn eines der größten Konzerne im Personen- und Güterverkehr ist, mussten tausende Fahrgäste einen Umweg finden um den Zeittakt einzuhalten und rechtzeitig am Zielort zu erscheinen, ob Arbeitsplatz oder zu Hause. Nicht nur die Bahn erlitt als Arbeitgeber einen enormen finanziellen Schaden infolge der Streiks, sondern auch die Fahrgäste auf die anderweitige Fahrkosten zugekommen sind. Die Bahn hat versucht durch eine PR-Kampagne das Problem allein auf die Streiks und die GDL zu fokussieren und sich ihrer Verantwortung gegenüber der GDL und ihrer Unwilligkeit sich an den Verhandlungstisch zu setzen zu entziehen, umso die allgemeine Stimmung gegen die GDL und besonders deren Chef Weselsky aufzuhetzen und sie psychisch und moralisch unter Druck zu setzen. Die Streikenden wurden gegenüber den Fahrgästen und der Bevölkerung als verantwortungslos dargestellt.

Als sich der Streik trotz medialer Unterstützung, bei der sogar Politiker und einige Gewerkschaftsvorstände mitgewirkt hatten, fortsetzte, erwägte die Bahn juristisch vorzugehen. Das Gericht hat in zwei Instanzen dem Streikrecht der GDL stattgegeben und die Klage der Bahn abgewiesen.

Nach dem Sieg vor Gericht kündigte Weselsky an, dass die GDL den Streik 34 früher als geplant am Samstag um 18:00 Uhr beenden werde. Jedoch betonte er, dass der Konflikt weiterhin fortbestehe und die GDL auf ihre Forderungen beharrt. In einem weiteren Interview in diesem

Zusammenhang sagte Weselsky, dass das Scheinangebot der Bahn nichts weiteres als freiwillige Aufgabe der Gewerkschaftsrechte und deren Mitglieder bedeutet. Wenn andere Gewerkschaften an die Interessen ihrer Mitglieder und der Verbesserung deren Lebensumstände nicht interessiert sind sollten sie die Gewerkschaften auflösen. Teile der öffentlichen Kritik konzentrieren sich darauf den Kampf der Lokführer auszuhebeln und Anfeindungen gegen ihn als Privatperson zu schaffen. Diese Kampagne wird scheitern, und die Lokführer werden diese Politik der Spaltung nicht zulassen. Wer glaubt denn, dass tausende Gewerkschaftsmitglieder und Lokführer den Streik und die folgende Lohnkürzung aushalten nur um das Ego des Gewerkschaftschefs zu befriedigen!? Die hohe Teilnahme der Lokführer an den Streiks ist der beste Beweis gegen diese Behauptungen.

Die Problematik wurde noch deutlicher als die Bahn als Arbeitnehmer, sowie es in kapitalistischen Systemen üblich ist mit der PR-Kampagne es zu nicht bringen konnte und zu allerletzt sich an das Gesetz wendet um sich zu legitimieren. Hier wird die instrumentalisierte Rolle der Politik und der Regierung in den Händen des Kapitalisten deutlich. Infolge der jüngsten Streiks kündigt die Bundesarbeitsministerin „Andrea Nahles“ von der „SPD-Linke?!“ Im Einklang mit dem Arbeitgeberverband die Vorbereitung eines neuen Gesetzesentwurfes an. Demnach soll bei Tarifkollisionen der Tarifvertrag der Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern in dem Betrieb gelte. Somit soll verhindert werden, dass Sparten-Gewerkschaften wie die GDL, Cockpit (Pilotenvereinigung), Marburger Bund (Fachgewerkschaft für Mediziner) mit ihren Streiks die Gesellschaft in Mitleidenschaft zieht und sie behindere! Zwar sollen künftig auch kleinere Gewerkschaften weiterhin ihre Interesse verfolgen, Streiks dürften künftig nur noch mit Absprache der größeren

Gewerkschaft geführt werden um legitim zu sein!?

Dieser Gesetzesentwurf führt zur Auflösung von Gewerkschaften die noch nicht der Bürokratie der „gewünschten“ Gewerkschaften verfallen sind und radikal reagieren.

Wenn die Regierung der SPD und Grünen unter der Führung Gerhard Schröders und Joschka Fischer 2004 die größten sozialen Errungenschaften die historisch auf Bismarckszeiten und der Arbeiterbewegung, und die Zeit nach dem ersten Weltkrieg bis zum siegeszug der Faschisten und dem Untergang der Weimarer Republik zugehen, mit neuen vermeintlichen Reformen zugunsten der Neoliberalisierung aufgehoben hat, und millionen von Menschen unter die Armutsgrenze gesunken sind, ist es diesmal wieder die SPD, die diesmal in Koalition mit der CDU und CSU versucht die unabhängigen Gewerkschaften zu zügeln.

Sollte der SPD die Gesetzesverabschiedung gelingen, schaufelt sie somit das Grab der Arbeiterbewegung. Denn ohne die Präsenz von unabhängigen Gewerkschaften können die wahren Interessen der Arbeitnehmer nicht verfolgt werden. Die Eindämmung dieser Gewerkschaften ist ein weiterer Schritt um der Sackgasse des Kapitalismus und der Finanzkrise die ihren Schatten über die Gesellschaft wirft vergeblich zu umgehen.

Es obliegt nicht nur den Arbeitnehmern die GDL auf ihrem Weg zu unterstützen, sondern alle die etwas mit der Demokratie am Hut haben sollten sich der Sache widmen und die kleinen Gewerkschaften gegen die Verabschiedung eines solch billigen Gesetzesentwurfes von Andrea Nahles von der „SPD-Linken“ unterstützen.

Die internationale Allianz zur Unterstützung der Arbeiter in Iran (IASWI) in Deutschland unterstützt die GDL und alle unabhängigen Gewerkschaften, die in Deutschland ihren

Interessen und Rechten nachgehen. Zudem rufen wir alle Demokraten und Arbeiterbewegungen auf, gemeinsam gegen den Gesetzesentwurf der Arbeitsministerin vorzugehen.

Internationale Allianz zur Unterstützung der Arbeiter in Iran , in Deutschland  
12.11.2014

**Internationalen Allianz zur Unterstützung der ArbeiterInnen im Iran – Deutschland**

[www.etehadbinalmelali.com](http://www.etehadbinalmelali.com)

[alliance\\_workers\\_iran@yahoo.de](mailto:alliance_workers_iran@yahoo.de)

# Kurznachrichten

18 Oktober

Etwa hundert Arbeiter von der Pflanzenölfabrik Ghou versammelten sich am 18. November im Innenhof der Fabrik, um gegen die unregelmäßige Auszahlung ihrer Löhne zu protestieren. Diese Aktion wurde auch von den ehemaligen Mitarbeitern der Firma, die mittlerweile in Ruhestand sind, unterstützt, weil sie in den letzten Monaten genauso unregelmäßig ihre Renten bekamen.

22 Oktober

Die Arbeiter mehrere Telekommunikationszentren, die in ländlichen Bereichen tätig sind, haben sich zum wiederholten Male vor dem Parlamentsgebäude versammelt. Seit sieben Monaten haben sie kein Geld für ihre geleistete Arbeit bekommen. Sie fordern eine Bezahlung nach dem

branchenüblichen Tarif, und vor allem einen Arbeitsvertrag mit allen Sozialversicherungen, die das Arbeitsministerium vorschreibt.



## Streikaktion der Arbeiter in der Rohrbaufabrik Naward Safa

Nach einer Streikaktion der Arbeiter in der Rohrbaufabrik Naward Safa hat der Arbeitgeber eigenmächtig den Betrieb geschlossen und hinderte damit 1100 Beschäftigte das Betriebsgelände zu betreten. Der Streik hat sich in den letzten Tagen in der gesamten Firma ausgebreitet, weil in den letzten drei Monaten kein Lohn an die Beschäftigten bezahlt wurde. Auch die Sozialversicherungsbeiträge der vergangenen 18 Monaten sind nicht an die Versicherungskassen überwiesen worden. Weil die Busfahrer der Transportabteilung der Firma zu unregelmäßig bezahlt worden sind, weigerten sie sich ihre Dienste planmäßig zu führen. Aus diesem Grund konnten auch die Arbeiter nicht pünktlich zur Arbeit erscheinen bzw. nach der Schicht nach Hause fahren.



### Die Arbeiter der Kohlemine Madanjoo in der Provinz Kerman versammelten sich vor dem Gouverneursbüro

um die Zuständigen auf ihre Situation aufmerksam zu. Seit Jahresbeginn sind 130 entlassen worden und die verbliebenen Arbeiter bekommen seit 3 Monaten keinen Lohn. Da die Beschäftigten dieses Kohlewerks keine regulären Arbeitsverträge haben, kann der Arbeitgeber jeder Zeit das Arbeitsverhältnis einseitig beenden. Der Arbeitgeber hat während der Versammlung den Protestierenden mitgeteilt, er sei bereit ihnen sofort einen Monatsgehalt zu zahlen, wenn die

Arbeiter ihre Versammlung sofort beenden. Andernfalls sei er gezwungen, alle zu entlassen. Nach dieser Drohung nahmen die Arbeiter ihre Arbeit wieder auf.



### Protestaktion die Einführung der Tarifverträge und Arbeitsgesetze

Vor dem islamischen Parlament forderten zahlreiche Krankenschwestern in einer Protestaktion die Einführung der

Tarifverträge und Arbeitsgesetze dieser Berufsgruppe, welche im Jahre 2007 das Parlament verabschiedet hat. Da für die Krankenschwestern immer noch keine einheitlichen Arbeitsregeln, die durch das Gesetz geschützt werden, existieren, arbeiten sie häufig bis zu zwei Schichten pro Dienst Einheit. Die häufigen Überstunden und die schlechte Bezahlung der Krankenschwestern ist die Hauptursache, warum die iranischen Krankenschwestern in andere Länder, besonders nach Kanada, auswandern.



### Kinder und Minderjährige als Müllabfuhrkräfte

Mostafa Feizi, der Vorsitzende der Stadtverwaltung der Hauptstadt Teheran, bestätigte in einem Interview, dass Kinder und Minderjährige als Müllabfuhrkräfte in der Stadt beschäftigt sind. Er betonte, obwohl diese Kinder mit Arbeitsuniformen in den Straßen der Hauptstadt häufig zu sehen seien, wären sie aber keinesfalls im Auftrag der städtischen Reinigungsdienste unterwegs. Es könnte sein, dass sie von privaten Reinigungsfirmen eingesetzt werden würden. Er gab zu, dass der Staat seine Verantwortung zur Schutz der Minderjährigen nicht nachgekommen sei und räumte in diesem Fall einen Fehler ein.



### 36. Streiktag des Keramik- und Fliesenbetriebs Gilana

An dem 36. Streiktag des Keramik- und Fliesenbetriebs Gilana wurden Verwaltungs- und Personalleiter zu Gericht vorgeladen. Da dieser Betrieb ziemlich hoch verschuldet ist, wurden per Gerichtsbeschluss einem Gläubigern erlaubt, einige Maschinen und Anlagen von dem

Betrieb als Entschädigung mitzunehmen. Als dieser Gläubiger mit einem Transporter vor dem Betriebsgelände erschien, verhinderten die Arbeiter das Entwenden der Maschinen. Der Gläubiger musste leer ausgehen. Die beiden Leiter des Betriebes wurden als Drahtzieher dieser Aktion festgenommen und in Folge dessen wurden zwei Mitarbeiterinnen wieder frei gelassen.



### 21 November ILNA Zum Jahrestag der Verabschiedung des Arbeitsgesetzes

versammelten sich 4000 Arbeiter in einem Fußballstadion in Teheran und protestierten gegen das Vorhaben der Regierung und des Parlaments Einschränkungen und Änderungen des Arbeitsverfassungsgesetzes durchzusetzen. Obwohl an dieser Versammlung viele unabhängige Arbeiterverbände und Gewerkschaften

teilgenommen haben, durften nur regierungsnahen Personen aus dem Kreis des sogenannten Haus des Arbeiters als Redner auftreten. In der Abschlusskundgebung wurde die arbeiterfeindliche Änderung des Gesetzes scharf kritisiert und als Rückkehr zu der Zeit der Monarchie bezeichnet.



**Khaled Hosseini, ein Mitglied des Koordinierungskomitees zur Gründung der unabhängigen Gewerkschaft**

en im Iran, wurde an dem Solidaritätstag mit Menschen aus Kubane mit seinem Sohn und zwei weiteren Personen von den Sicherheitskräften der Stadt Sanandaj festgenommen. Nach einer Anhörung der 5. Kammer des Stadtgerichts wurden sie gegen eine Kautions von 20 Millionen Tuman frei gesprochen. Kurz nach dem Gerichtsurteil wurden aber Khaled, sein Sohn und Yadollah Samadi, ein weiterer Angeklagter, von dem Stadtgefängnis zu einem unbekannten Ort gebracht. An dem Tag der Gerichtsverhandlung sind zahlreiche Arbeiter und Menschenrechtsaktivisten vor dem Gericht erschienen und forderten die Freilassung der Inhaftierten.

### Internationalen Allianz zur Unterstützung der ArbeiterInnen im Iran – Deutschland

[www.etehadbinalmelali.com](http://www.etehadbinalmelali.com)  
[alliance\\_workers\\_iran@yahoo.de](mailto:alliance_workers_iran@yahoo.de)